

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 86846 ppbn d



Inhalt

35. Jahrgang / 233

4. Dezember 1980

Heinz Rapp MdB, Stellvertreter der SPD-Grundwertekommission und des ZdK, zum Dialog zwischen Staat und Kirchen: Grenzen und Wegweisungen.

Seite 1-3

Heinz Kluncker, ÖTV-Vorsitzender, warnt: Augenmaß darf nicht nur Gewerkschaftsangelegenheit sein.

Seite 4/5

Egon Lutz MdB kommentiert die jüngsten Arbeitsmarktdaten: Die Zeit der Appelle ist vorbei!

Seite 6/7

Christa Randzio-Plath berichtet von der 11. Konferenz der Sozialistischen Fraueninternationale: Frauen für den Frieden - soziale Verteidigung als Strategie.

Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 109-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 812-1

Grenzen und Wegweisungen

Zusammenarbeit und Dialog zwischen Staat und Kirchen

Von Heinz Rapp MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

1. Im Verhältnis zwischen dem deutschen Katholizismus und der sozialliberalen Koalition hatte es Verstimmungen gegeben; die davon Betroffenen haben deshalb dem "Kirchenelement" in der Regierungserklärung vom 24. November 1980 mit - so oder so - gespannter Aufmerksamkeit entgegengesehen. Der Bundeskanzler hat klare Markierungen - Grenzen und Wegweisungen - gesetzt:

In unserer pluralen Gesellschaft leben Christen unterschiedlicher Bekenntnisse, Juden, Moslems, Menschen, die sich ihren Religionen entfremdet haben und Nichtreligiöse. Wir achten die religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen des einzelnen als Teil des Nichtabstimmbaren, das heißt jenes Bereichs, über den der Staat - auch mit Mehrheitsentscheidungen - nicht zu verfügen hat.

Die Kirchen und die Religionsgemeinschaften haben wichtige Aufgaben. Die Bundesregierung ist, wie bisher, zur Zusammenarbeit und insbesondere in den Punkten zum Dialog bereit, in denen Meinungsunterschiede bestehen... Allerdings muß dieses Gespräch von gegenseitigem Respekt und der Achtung der jeweiligen Eigenständigkeit getragen sein.

In aktuellem Bezug zum Besuch von Papst Johannes Paul II. in der Bundesrepublik wird sodann das Gespräch des Papstes mit den Repräsentanten der Evangelischen Kirche als bedeutsam gewürdigt und des weiteren begrüßt, daß der Papst "die Aufmerksamkeit vieler Menschen auf Wesentliches gelenkt, daß er vielen Menschen Mut gemacht hat".



2. Einigen Schlüsselbegriffen aus diesen Texten der Regierungserklärung ist sowohl im Blick zurück auf die erwähnten Irritationen als auch im Blick nach vorne auf das Angebot von Zusammenarbeit und Dialog genauer nachzugehen.

- Der Hinweis auf die "jeweilige Eigenständigkeit" zielt offensichtlich auf das Hirtenwort der Bischöfe zur Bundestagswahl. Längst wird auch innerkirchlich in Zweifel gezogen, ob da die Bischöfe der politischen wie der innerkirchlichen Situation gerecht geworden sind, ob die Autorität der Kirche für Aussagen zu politischen Sachfragen (und nicht nur zur Staatsschuld-Passage des Hirtenbriefs!) zurecht in Anspruch genommen wurde, ob nicht Grenzen der "jeweiligen Eigenständigkeit" und Zuständigkeit verletzt wurden.

Über dem Streit um den Wahlhirtenbrief ist es passiert, daß ein weitaus wichtigeres kirchliches Dokument, die Erklärung der Bischofskonferenz ZUKUNFT DER SCHÖPFUNG - ZUKUNFT DER MENSCHHEIT zu Fragen der Umwelt und der Energieversorgung vom 23. September 1980, vollständig übersehen wurde. In eben diesem Dokument wird zur "jeweiligen Eigenständigkeit" ausgesagt:

Der Part von Politikern, Wissenschaftlern und Technikern kann nicht von Bischöfen und Theologen übernommen werden. Die Offenbarung Gottes ist nicht ein Arsenal, aus dem Antworten auf jede Frage abzurufen wären.

- Die Grenzsituation der Menschheit, wie sie in der Umwelt-, der Energie- und der Rohstoffkrise manifest wird, fordert gewiß politische Entscheidungen - freilich "nicht nur solche des wissenschaftlichen und technischen Kalküls, sondern mehr noch der sittlichen Verantwortung" (aus "Zukunft der Schöpfung - Zukunft der Menschheit"). Für den "moralischen Fortschritt", von dem - so die Regierungserklärung - die Bewältigung der Probleme entscheidend abhängt, ist die Politik zwar mitverantwortlich, doch muß "die geistige Führung... von den Philosophen, von den Autoren, aus der Kunst, aus der Universität, aus den Kirchen, von den vielen kommen" (Bundeskanzler Schmidt in der Bundestagsdebatte am 28. November 1980). Der weltanschaulich neutrale Staat ist nicht wertneutral; die Sicherung der Bereicherung des Werte-Fundus aber ist nur möglich in "Zusammenarbeit und Dialog" der gesellschaftlichen Kräfte und mit ihnen - mit den Kirchen in besonderer Weise, insoweit sie "die Aufmerksamkeit der Menschen auf Wesentliches" lenken. Die "letzten Antworten" gibt, wie es in der Regierungserklärung heißt, "nicht der Staat".

3. In diesem Sinn ist die Erklärung ZUKUNFT DER SCHÖPFUNG - ZUKUNFT DER MENSCHHEIT zunächst ein wichtiges Dialog-Angebot der Kirche, darüber hinaus aber bereits auch ein gutes Stück Zuarbeit und konkreter Zusammenarbeit zur Lösung der Zukunftsprobleme - insoweit dabei "die Entscheidungen der Politiker verknüpft sind mit dem Verhalten und der Entscheidung eines jeden einzelnen von uns" (aus "Zukunft der Schöpfung..."). Verhaltensänderungen erfordern Bewußtseinsänderungen, die wiederum können nicht durch Gesetz verfügt, sondern müssen durch "Vertrauensarbeit" (Orientierungsrahmen 85) eingeleitet und eingeübt, dann freilich durch "die Politik" gestützt werden. Und es wird mancher Verhaltensänderungen bedürfen, wenn - wie das auch die Regierungserklärung fordert - das Umdenken von den "bloß quantitativen Erfolgen" zu qualitativen Maßstäben beginnen muß.

Die Erklärung ZUKUNFT DER SCHÖPFUNG - ZUKUNFT DER MENSCHHEIT soll und kann hier nicht im einzelnen referiert werden - es ist wichtig, sie in Erinnerung zu rufen, ja sie vor dem Vergessenwerden zu bewahren, es ist wichtig, den Zugang zu ihr offenzulegen,



der bei manchen durch den Wahlhirtenbrief verschüttet worden sein könnte. Es geht um die "Besinnung auf das Maß, das um der Verantwortung für Menschlichkeit und Menschheit willen unsere Ansprüche und Lebensgewohnheiten begrenzen muß". Wachstum von Produktion und Konsum bedeutet nicht fraglos Wachstum der Menschlichkeit; "wo der Vorrang der geistigen Güter vor den materiellen, der Vorrang der Person vor den Sachen nicht gewahrt wird, da ist das Gleichgewicht des inneren und äußeren Friedens und auch das Gleichgewicht einer gerechten sozialen Ordnung auf Weltebene bedroht".

Gefordert ist "ein neues Verhältnis zur Welt", das "weder ein Zurück hinter die Errungenschaften der Neuzeit noch die geradlinige Verlängerung des Strebens nach einer immer umfassenderen Ausnutzung aller Möglichkeiten unserer technischen Zivilisation" bedeuten kann. "Panik vor der fälligen Umstellung unseres Lebensstils und Verweigerung gegenüber einer aktiven Gestaltung der Zukunft beschwören jene Katastrophe herauf, die ein nüchterner Blick auf das Nötige und das Mögliche verhindern könnte." Der Mensch kann nur mit der Natur leben, nicht als ihr Feind - heißt es in der Regierungserklärung.

Die Bischöfe rufen zu einer "neuen Spiritualität unseres Verhaltens zur Welt" auf - zum "sittlich verantwortlichen Verhalten in Sachen Rohstoffe, Umwelt, Energie". "Umstellung des Lebensstils" ist ihnen kein zu großes Wort für das, wozu sie die Gläubigen ermutigen.

Nur die Gläubigen - und nur die einzelnen? Handelt es sich "nur" um Individualethik? "Zwar kann ein sparsames und verantwortliches Verhalten des einzelnen nicht schon das globale Problem von Energie und Umwelt lösen. Und doch hängt Entscheidendes für die Zukunft der ganzen Menschheit am Verhalten eines jeden von uns. Nur wenn die einzelnen in ihrem Lebensbereich das für die ganze Menschheit sachlich Nötige mittragen, nur wenn die einzelnen im Interesse der anderen 'anders leben' lernen, als sie es vielleicht für sich selber sich leisten könnten, haben jene politischen, technischen und wirtschaftlichen Programme Aussicht, die für eine Zukunft der Menschen in Freiheit und ohne unnötige Angst die besten sind" (aus "Zukunft der Schöpfung..."). Gewiß muß die Solidarität mit den Zu-kurz-Gekommenen der Erde, mit der nachwachsenden Generation, mit der "anderen Schöpfung", der Tier-, Pflanzen- und Sachwelt, politisch organisiert werden; sie ist jedoch nicht möglich "durch staatliche Maßnahmen allein", sie bedarf vielmehr "einer breiten Bewegung in der Gesellschaft" (Orientierungsrahmen 85).

Es lohnt, die Erklärung ZUKUNFT DER SCHÖPFUNG - ZUKUNFT DER MENSCHHEIT der Deutschen Bischofskonferenz vom 23. September 1980 in die politische Diskussion mit einzuführen.
(-/4.12.1980/ks/ca)

+ + +



Vor schwierigen Problemen

Augenmaß darf nicht nur Gewerkschaftsangelegenheit sein

Von Heinz Kluncker

Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)

Gewerkschafter bewerten die Wirtschaftslage und die überschaubare wirtschaftliche Entwicklung nicht nach wirtschaftstheoretischen Modellen oder nach statistischen Meßziffern und erst recht nicht nach der Interessenlage der privaten oder öffentlichen Arbeitgeber.

Weil Arbeitnehmer und ihre Familien nicht über nennenswerte finanzielle Reserven verfügen, spüren sie Preiserhöhungen unmittelbar und deutlicher als Statistiken sie offenbaren. Deshalb reagieren die Arbeitnehmer schon auf Ankündigungen von Preissteigerungen - wie durch die beabsichtigte Mineralölsteuererhöhung - ausgesprochen besorgt.

Aber ausgesprochen sauer reagieren sie, wenn interessierte Kreise den Eindruck vermitteln wollen, als könnte nur eine zurückhaltende Lohnpolitik der Gewerkschaften die bestehenden Schwierigkeiten beseitigen. Wer - wie es jetzt wieder verstärkt geschieht - Lohnerhöhungen an den Produktivitätszuwachs binden will, bewirkt für 1981 den Abbau der Realeinkommen der Arbeitnehmer. Da gleichzeitig Preiserhöhungen von rund vier Prozent erwartet werden, kann man sich vorstellen, was dabei herauskommen würde. Es liegt auf der Hand, daß wir uns schon deshalb nicht auf eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik einlassen werden.

Auch nach unserer Einschätzung wird das Wirtschaftswachstum 1981 nicht höher ausfallen als in diesem Jahr. Je realistischer wir in dieser Situation unsere Lohn- und Gehaltsforderungen erörtern, desto größer werden die Chancen für tarifpolitische Erfolge auch in schwierigen Zeiten. Darauf vor allem muß es uns ankommen, denn letzten Endes werden wir nicht an den Forderungen, sondern an den Ergebnissen gemessen.

Diese Einsicht sollte bei allen innergewerkschaftlichen Diskussionen über das tarifpolitisch Notwendige und Durchsetzbare bei den Einkommenserhöhungen des nächsten Jahres mitbeachtet werden.

Wir müssen mit der Tatsache leben, daß die gegenwärtigen finanzpolitischen und gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen den einkommenspolitischen Spielraum eingrenzen. Wir müssen leider auch damit rechnen, daß die Arbeitslosigkeit noch zunimmt. Die Finanzlage von Bund, Ländern und Gemeinden ist nicht erfreulich, und die Diskussion über die Staatsverschuldung wird anhalten.

Der geschäftsführende ÖTV-Hauptvorstand wird sich deshalb bei der Förderungsempfehlung für den öffentlichen Dienst, die er vorzulegen hat und die er - wie immer - mit den Brüdergewerkschaften im öffentlichen Dienst abstimmt, an den finanzpolitischen und gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und an den Einkommenserhöhungen orientieren, die von den Gewerkschaften in der gewerblichen Wirtschaft angestrebt werden. Aus naheliegenden Gründen kann der öffentliche Dienst kein Schrittmacher für die Lohn- und Gehaltsabschlüsse im privaten Sektor sein.



Augenmaß bei den Tarifverhandlungen über Lohn und Gehalt für 1981 darf jedoch keine einseitige Angelegenheit sein. Hier sind vor allem die Arbeitgeber gefordert. Sie werden zeigen müssen, wie es wirklich um ihr soziales Verantwortungsbewußtsein bestellt ist.

Tarifpolitischen Pressionen werden wir uns nicht beugen. Mit aller Entschiedenheit weisen wir deshalb auch Versuche zurück, im Vorfeld von Tarifverhandlungen Stimmung gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu machen.

Von dem einen oder anderen Zeitgenossen wird wieder einmal versucht, die Tarifautonomie auszuhöhlen und sich in Tarifverhandlungen einzumischen. Manchem scheint dazu jedes Mittel recht zu sein. Mir zum Beispiel wurden im Zusammenhang mit Gesprächen auf politischer Ebene in zwei überregionalen Tageszeitungen Äußerungen mit der Tendenz unterschoben, ich hätte gegenüber der Bundesregierung die Bereitschaft signalisiert, durch Zurückhaltung bei den Tarifforderungen oder mit einem späteren Inkrafttreten neuer Tarifverträge die öffentlichen Haushalte zu entlasten.

Daran ist kein wahres Wort. Ich habe das zwar sofort klargestellt, doch wir müssen sehen: Hinter solchen Meldungen, wer immer sie lanciert haben mag, stehen Interessen - Interessen, die sich gegen die Arbeitnehmer richten. Sie beeinflussen die öffentliche Meinung, in der alte Klischees immer wieder auftauchen: Das vom angeblich ineffektiven öffentlichen Dienst, das von den angeblich allgemein sichereren Arbeitsplätzen, das von der angeblich zu hohen Altersversorgung im öffentlichen Dienst. Der öffentliche Dienst wird damit zum Sündenböck schlechthin gemacht.

Privatisierung und Entstaatlichung werden als Allheilmittel suggeriert. Lohnstillstand wird angepriesen. Aber ich kann nur wiederholen: Es kann auch für 1981 weder einen Risikoabschlag noch ein Sonderopfer für den öffentlichen Dienst geben. Darauf werden wir mit allem Nachdruck und - darüber sollte es nicht den geringsten Zweifel geben - auch mit der nötigen Härte hinwirken.

Und eines zum Schluß: In den letzten Wochen ist viel über eine Wiederbelebung der Konzertierte(n) Aktion geschrieben und spekuliert worden. Ich will mich an diesen Orakeln nicht beteiligen. Unsere Position ist klar: Wir lehnen Gespräche mit der Regierung oder mit Arbeitgebern nicht ab. Wir sind bereit, wie ich es 1978 auf dem DGB-Bundeskongreß erklärt habe, notfalls "auch mit des Teufels Großmutter zu reden", wenn es den Interessen der Arbeitnehmer dient. Aber aus solchen Gesprächen darf keine feste Institution werden. Der Mißbrauch, der damit getrieben wurde, hat den Arbeitnehmern nur geschadet. Allein deshalb lehnen wir einen Aufguß der Konzertierte(n) Aktion ab.
(-/4.12.1980/ks/ca)

+ . + . +



Die Zeit der Appelle ist vorbei!

Bemerkungen zu den jüngsten Daten der Bundesanstalt für Arbeit

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Arbeitsmarktzahlen für den Monat November bieten dem aufmerksamen Betrachter ein düsteres Bild. Der vorzeitige Wintereinbruch und die kraftlose Konjunktorentwicklung ließen die Zahlen fast durchgängig nach oben schnellen. Die Gesamtzahl der arbeitslos Gemeldeten nahm im Berichtszeitraum um 79.500 auf 967.500 zu. Damit liegt sie knapp unter der arbeitsmarktpolitischen Schallmauer. Dies entspricht einer Quote von 4,2 Prozent. Im Vormonat lag sie noch bei 3,8 Prozent.

Bei den Männern nahm die Zahl, stärker als bei den Frauen, um 57.100 auf 457.400 zu. Die Quote liegt jetzt bei 3,2 Prozent. Das entspricht immerhin einer Steigerung von 0,4 Prozent gegenüber dem Vormonat. Das Bild des Arbeitsmarktes der Frauen zeigt ebenfalls starke Abschwächungstendenzen. Die Zahl der weiblichen Stellungs-suchenden nahm im November um 22.400 zu. Die Quote liegt jetzt bei 5,7 Prozent. Im letzten Monat lag sie noch bei 5,4 Prozent. Mittlerweile sind 510.200 Frauen ohne Arbeit.

Obwohl Konjunktoreinflüsse bei den Problemgruppen am ehesten ihre Auswirkungen zeigen, zeichnet sich das Bild dort etwas günstiger: Bei den jugendlichen Arbeitslosen allerdings nahm die Zahl um 6.500 überdurchschnittlich zu. Es sind jetzt 83.500 Jugendliche arbeitslos gemeldet. Die Zahl der über 59jährigen nahm nur geringfügig um 500 auf 67.400 zu.

Auch die Zahl der Schwerbehinderten stieg unter dem Gesamtdurchschnitt des Arbeitsmarktes. Es wird eine Zunahme von 1.800 auf 71.000 Arbeitslose gemeldet.

Ein Blick auf die beruflichen Teilarbeitsmärkte verstärkt den negativen Gesamtein-
druck:

- Die auf dem Bausektor seit Monaten anhaltende Konjunkturflaute spiegelt sich in einem erneuten Anstieg der Arbeitssuchenden wider: Zunahme um 14.500 auf 44.100. Die realen Bauinvestitionen sind weiter gedunken und nun bereits auf das Niveau vom Frühjahr 1979 zurückgefallen.
- Ähnliches gilt für den Arbeitsmarkt der Metall- und Elektrikerberufe. Dort verzeichnet die Bundesanstalt eine Zunahme von 12.400 auf 137.200.



- Geringer stieg die Zahl der Stellungssuchenden im Bereich der Warenkaufleute. Hier wurde eine Zunahme von 1.800 auf nunmehr 212.9000 gemeldet.
- Angemerkt sei noch der dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit der ausländischen Arbeitnehmer. Hier wurde mit einem Anstieg um 31.500 auf nunmehr 123.700 der höchste Stand seit 1974 erreicht.

Wer nun den Arbeitsmarkt in seiner Gesamtheit betrachtet, dem drängt sich der Verdacht auf, daß zwar viel von der Konsolidierung geredet, aber wenig getan wird.

Offensichtlich tritt langsam ein Gewöhnungseffekt ein, der fatale Folgen haben könnte. Die Gesamtzahl bewegt sich knapp unter einer Million, eine Zahl, die in konjunkturträchtigen Zeiten arbeitsmarktpolitische Alpträume ausgelöst hätte.

Es gilt aus diesem Grund die Aufforderung an alle Beteiligten: an Wirtschaft, Politik, Gewerkschaften und natürlich auch an die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen, sich nicht mit diesem Zustand abzufinden. Es gilt die Aufforderung, die Zeit der Lippenbekenntnisse zur Vollbeschäftigung einzustellen, und mit konkreten Vorschlägen in die Diskussion einzutreten.

Ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit gefährdet den sozialen Frieden. Es kann nicht im Interesse irgend eines Beteiligten liegen, daß dieser Garant der Stabilität ins Ungleichgewicht gerät. Die Zeit der Appelle ist vorbei! Es gilt nun, an den konkreten Problemen zu arbeiten. Dies besonders an die Adresse der Unternehmen, von deren Seite bisher Lösungsansätze, die allen Beteiligten Rechnung tragen, fehlen.

Ein Anstieg der Konjunktur ist laut Wirtschaftsexperten in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Nur ein Zusammenwirken aller Verantwortlichen kann aus der Misere führen.

Warten auf den nächsten Produktionsboom ist die zynischste Art, die Probleme zu lösen.

(-/4.12.1980/bgy/ca)

+ + +



Frauen für den Frieden - soziale Verteidigung als Strategie

II. Konferenz der Sozialistischen Fraueninternationale tagte in Madrid

Von Christa Randzio-Plath

Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

In Spanien kämpfen die Frauen wie in vielen anderen Ländern um ihr Recht auf Selbstbestimmung. Mit ihnen solidarisierten sich Frauen aus über 30 Parteien der Sozialistischen Fraueninternationale in Madrid (9. bis 10. November 1980). Sie wandte sich gegen alle Versuche von reaktionären und religiösen Kräften, die Gleichberechtigung der Frau zurückzudrängen. Die Frauen beklagten auch die schlechte Vertretung der Frauen bei der Sozialistischen Internationale. Die Parteien der Sozialistischen Internationale, die sich dem Grundsatz der Gleichheit und Gleichberechtigung verpflichtet haben, "müssen stärker als bisher, Frauen in ihre Gremien wählen". Die Parteien der Sozialistischen Internationale, die in ihren Delegationen zu den Zweijahreskongressen höchstens je eine Frau zur Delegierten bestimmt haben, nahmen von der Resolution Kenntnis. Durch eine Erweiterung des Vorstandes konnte die Zahl der weiblichen Vizepräsidentinnen allerdings verdoppelt werden: Neben der neugewählten Präsidentin der Sozialistischen Fraueninternationale, Lydie Schmid (Luxemburg), ist auch die bisherige Präsidentin, Irène Pètry (Belgien) Vizepräsidentin geworden.

Friedensinitiativen, Vorschläge zu einer Fortsetzung des Dialogs zwischen Ost und West, Nord und Süd standen im Vordergrund aller Diskussionen. Die sozialistischen Frauen sind bereit, für eine friedlichere Welt zu kämpfen nicht, "weil wir friedliebender sind als die Männer, sondern weil wir aufgrund unseres eigenen Befreiungskampfes um die Notwendigkeit grundlegender gesellschaftlicher Werte wie Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität wissen, die nur in einer friedlichen Welt Wirklichkeit werden können". Den Frauen reichen Einzelmaßnahmen zur Verhinderung des Krieges nicht mehr: "Ein umfassendes und integriertes Programm zur Waffenkontrolle, das sichtbar zur nuklearen Abrüstung führt, ist unbedingt notwendig, um die jetzigen langsamen und unorganisierten Versuche zur Rüstungskontrolle zu überwinden." Die sozialistischen Frauen fordern wie die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen eine UNO-Initiative zur Abrüstung, eine Aufhebung der NATO-Entscheidung über Mittelstreckenraketen und die Entfernung der bereits stationierten sowjetischen Mittelstreckenraketen.



Im Interesse des Friedens fordern die Frauen der Sozialistischen Internationale eine Kürzung der Militärausgaben, die Inflation, Arbeitslosigkeit und Not verursachen und besser nützlicheren Zwecken wie Sozialpolitik und Entwicklungspolitik zugesprochen werden sollten. Das Gleichgewicht des Schreckens, die traditionelle Formel zur Rechtfertigung des Wettrüstens garantiert nicht mehr die äußere Sicherheit der Völker, sondern gefährdet sie. "Für die Entspannung und den Frieden zu arbeiten ist daher notwendiger denn je." Die Frauen wollen angesichts der bedrohlichen internationalen Lage gemeinsame Friedensinitiativen mit Frauen aus anderen Ländern der Welt beginnen. Besonders wichtig ist aber allen Frauen das Interesse und Engagement des einzelnen Bürgers, der einzelnen Bürgerin für den Frieden: Damit Angstmacherei unmöglich wird, muß die Bevölkerung über Rüstung und die Auswirkung bestimmter Rüstungsentscheidungen informiert werden. Das "Engagement der Bevölkerung und ihr Wunsch nach Frieden und Entspannung steht im Gegensatz zum Ansteigen aller Rüstungshaushalte. Die Angst der Menschen wird dazu benutzt, um für die Aufrüstung zu arbeiten, obwohl sie heute angesichts der Qualität der Waffen das Gegenteil von Frieden und Entspannung bedeuten muß".

In Diskussionsgruppen und Plenarversammlungen diskutierten die Frauen historische und aktuelle Erfahrungen eines waffenlosen Widerstandes. Insbesondere die Aktionen der skandinavischen, japanischen und schweizerischen Frauen halfen bei der Meinungsbildung; denn die Situation der lateinamerikanischen Frauen im Bürgerkrieg unterscheidet sich stark von der Situation der Frauen in Europa. Hoffnung schöpften die Frauen aus der Tatsache, daß Krieg ohne Frauen unmöglich ist; denn sie machen über die Hälfte der Weltbevölkerung aus. Daher ist "das Engagement der Frauen für Entspannung und Frieden eine echte Chance dafür, den Krieg zu verhindern". Die Frauen der Sozialistischen Internationale wollen Modelle einer sozialen Verteidigung entwickeln: "Unser Weg heißt: Vorbereitung auf den Frieden als Widerstandspolitik gegen die Vorbereitung zum Krieg. Es gibt andere Mittel als Waffen sich gegen die Möglichkeit von Krieg zu wehren."

(-/4.12.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

